

Widerstand gegen Deponie in Lebatz

Lebatz – Schon wieder wird der etwa 180 Einwohner zählende Ort Lebatz in der Großgemeinde Ahrensböök in einem Atemzug mit dem Wort „Deponie“ genannt. Wehrte sich das Dorf bereits im Sommer 1990 erfolgreich gegen den Bau einer Sondermülldeponie, so werden Bürger ebenso wie Politiker jetzt erneut auf den Plan gerufen.

Es liegt ein Schreiben aus dem Landesamt für Natur- und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein vor, in dem die Gemeinde aufgefordert wird, ihre Stellungnahme zur Errichtung einer Deponie der Klasse I in Lebatz abzugeben, berichtete Bürgermeister Ekkehard Schaefer (parteilos) auf Anfrage der Lübecker Nachrichten.

Dieses Thema steht nun im Mittelpunkt der ersten Sitzung des Ausschusses für Planung und Umwelt in der neuen Legislaturperiode. Die öffentliche Tagung beginnt am Dienstag, 9. September, um 18 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses. Geleitet wird sie von Carsten Wulf, Fraktionsvorsitzender der Freien Wählergemeinschaft (FWG).

Das etwa 60 Hektar große Gelände gehört inzwischen dem Unternehmen becker bau GmbH und Co. Kg in Bornhöved (bbb), berichtete Schaefer weiter. Für Deponiezwecke genutzt werden sollen lediglich etwa zehn Hektar. In einer Deponie der Klasse I untergebracht werden können nach Angaben des Verwaltungschefs „nicht gefährliche Abfälle“. Dazu gehören auch Beton, Ziegel, Fliesen, Keramiken, teerfreie Betongemische, Boden, Steine, Dämm-Material, aber auch asbesthaltige Baustoffe.

Mit Mittwoch, 8. Oktober, stehe bereits das Datum für einen Anhörungstermin fest, ein so genanntes Scoping. Dazu hätten Vertreter des schleswig-holsteinischen Landesamtes für Natur- und Umwelt um 9 Uhr ins Bürgerhaus Ernst und Elly Prütz eingeladen. Dieses Verfahren dient als Sondierung der Erfolgsaussichten einer späteren Anlagenerlaubnis. Schon in einem frühen Stadium sollen Gutachter, Umweltverbände, betroffene Privatpersonen und andere Behörden hinzugezogen werden. Schon vor den Kommunalwahlen hatten die Lebatzer mit dem seit zehn Jahren amtierenden Dorfvorsteher Jan-Markus Maack an der Spitze die Politiker aller Parteien zu möglichen Deponieplänen befragt. Alle Fraktionen hätten sich dagegen ausgesprochen. Auch Bürgermeister Schaefer erneuerte den Widerstand jetzt: „Wir werden am 9. September überlegen, welche Möglichkeiten die Gemeinde hat, diese Deponie zu verhindern und wie wir uns dagegen wehren können.“ Wichtig sei, dass sowohl ein Planfeststellungsverfahren als auch eine Umweltverträglichkeitsprüfung in Gang gesetzt werden.

Widerstand kündigte auch Dorfvorsteher Maack in einem LN-Gespräch an. „Wir dachten eigentlich, dass das Thema Deponie ein für allemal vom Tisch war.“ Dies umso mehr, als das für die Deponie vorgesehene Gelände einen direkten Zugang zum Grundwasser habe und in direkter Nähe zum Wasserwerk liege. Von den Planungen betroffen seien im übrigen nicht nur die Bewohner der Dorfschaft Lebatz, sondern auch die Gnissauer, die Hohenhorster und die Ahrensböoker.

Die geplante Deponie war bereits während der Einwohnerversammlung Anfang November vergangenen Jahres ein Thema. Damals erklärte der inzwischen wiedergewählte Ahrensböoker Bürgervorsteher Hans-Joachim Dockweiler (CDU): „Wir müssen höllisch aufpassen, dass in Lebatz nicht etwas gemacht wird, was wir nicht wollen.“

In-online/lokales vom 28.08.2008 00:00:05

Quelle im Internet: <http://www.ln-online.de/artikel/2452816>